



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

The RESIST Project: Transnationale Ergebnisse



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

**HOCHSCHULE
LUZERN**



**Funded by
the European Union**

Funded by the European Union under Project ID 101060749 .

EU Horizon Europe (EU partners); UK Government Horizon Europe Guarantee Scheme (UK partner); Swiss State Secretariat for Education, Research and Innovation (Swiss partners)

Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or British and Swiss funding authorities. Neither the European Union nor the granting authorities can be held responsible for them.

Einführung

Das Horizon Europe-Projekt «Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics» (RESIST) untersuchte Anti-Gender-Mobilisierungen anhand von fünf Fallstudien im Europäischen Parlament, im Vereinigten Königreich, in Polen, in der Schweiz und in Ungarn. Unter Anti-Gender-Politiken fassen wir Bestrebungen, die auf die Einschränkung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielen. Die Datengrundlage bilden parlamentarische Protokolle, Medienberichte und Beobachtungen wichtiger medialer Kontroversen im Zeitraum von 2017 bis 2023. Somit basieren die Ergebnisse dieses Berichts auf umfangreichen empirischen Daten, die zeigen, wie Gender im politischen und medialen Diskurs mobilisiert wird.

RESIST geht davon aus, dass Anti-Gender-Politiken im heutigen Europa und darüber hinaus eine Schlüsselrolle spielen. Die Subsumierung reaktionärer Geschlechter- und Sexualitätspolitik unter der Kategorie «Anti-Gender-Politik» läuft jedoch Gefahr, ein einheitliches Verständnis und übereinstimmende Ziele von Agierenden, Ideologien und Forderungen zu suggerieren. Unsere Analyse beruht indessen auf der gegenteiligen Erkenntnis, dass die unter Anti-Gender-Politiken zu fassenden Phänomene komplex und heterogen sind.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass Anti-Gender-Politiken vielfältige politische Hintergründe und Kontexte haben. Sie zeichnen sich allesamt durch ideologische Aufwiegung und politischen Opportunismus aus. Zwar zeigen sich ausgeprägte Fixierungen auf spezifische Themen, diese bleiben aber oft austauschbar oder wandeln sich je nach Fokus und Zielsetzung. Es sind klare Kontinuitäten in den Bemühungen gegen Gleichstellung sowie geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu beobachten, während sich deren Repertoire an Motiven und Praktiken erweitert. Unsere Ergebnisse zeigen, dass für ein Verständnis von Anti-Gender-Mobilisierungen Prozesse der transnationalen Verbreitung, unkonventionelle politische Allianzen, Strategien der Erzeugung von Kontroversen und der Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit in den Fokus gestellt werden müssen.

In diesem Überblick wird dargelegt, wie sich in den Fallstudien und in den medialen/politischen Diskursen Anti-Gender-Politiken zeigen und wo ihre Schwerpunkte liegen. Ausgehend von diesen Erkenntnissen wird skizziert, wer (sich) mobilisiert und wie Anti-Gender-Politiken in Politik und Medien an Dynamik gewinnen und aufrechterhalten werden.

Was tritt in unserer Studie als Anti-Gender-Politiken auf und was sind ihre Schwerpunkte?

Die Analyse der Anti-Gender-Mobilisierungen, ihrer Widersprüche und Formen zeigt, wie die Idee von Gender als Gefahr für Kinder, die Familie, die Nation und die bestehende soziale Ordnung dargestellt wird. Oft konstruieren Anti-Gender-Politiken die Idee von Gender als eine externe ideologische Bedrohung. Durch solche Anti-Gender-Diskurse ist Gender zu einem mächtigen Symbol geworden, gegen das eine Reihe von ungleichheitsfördernden Politiken ins Feld geführt werden, so z. B. der Kampf gegen Abtreibung und reproduktive Rechte, gleichgeschlechtliche Ehe, Rechte von trans Menschen, Gender Studies an Universitäten und Sexualpädagogik an Schulen. Gleichzeitig versuchen Anti-Gender-Politiken immer wieder, sich auf Vorstellungen des Gemeinwohls zu berufen, etwa auf die Verteidigung der Demokratie und der Souveränität oder auf die Behauptung, dass der «unterdrückten Mehrheit» Gerechtigkeit verwehrt wird. Auch die Vernachlässigung politisch aufgeladener Rechtskategorien wird kritisiert (wie «Männerrechte» und Rechte, die sich auf das «biologische Geschlecht» beziehen).

Aus den untersuchten Fallstudien lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten:

- **Die Idee von Gender, Feminismus und LGBTIQ+ wird als eine Bedrohung für die hegemoniale Position der heteronormativen Kernfamilie, für Geschlechterrollen und Identitäten und – in mehrfacher Hinsicht – für die «natürlich gegebene» Ordnung der Nation dargestellt.** Menschen, die den heteronormativen Vorstellungen nicht entsprechen, werden angreifbar, weil sie als sexuell/geschlechtlich «abweichend» empfunden werden. Das heisst, Geschlechtervielfalt wird weder als eine andere Art des Denkens und Seins innerhalb einer wenigstens annähernd pluralistischen Gesellschaftsordnung anerkannt noch als, zwar normabweichendes, aber legitimes Unterscheidungsmerkmal akzeptiert. Stattdessen wird die Idee von Gender selbst als ein Nullsummenspiel von Gewinnen und Verlusten betrachtet, bei dem es nur einen «Gewinner» geben kann. Anti-Gender-Mobilisierungen in allen untersuchten Kontexten und Arenen stellen «Gender» als eine Ideologie dar, die einer Bevölkerung entgegen «ihrer Natur» aufgezwungen wird. Diese Darstellung von Geschlechtervielfalt und Nicht-Heterosexualität als eine Zumutung für die Gesellschaft ist entscheidend für die Legitimation der Intensität und Feindseligkeit von Anti-Gender-Politiken. Anti-Gender-Politiken beziehen sich zudem stark auf Rechte, die vermeintlich in Gefahr sind. Dazu zählen zum Beispiel Rechte, die sich aus einem biologistischen Geschlechterverständnis ableiten, den Rechten von Eltern und dem vermeintlichen Recht, einen Vater zu haben. Diese Rechte werden eher rhetorisch geltend gemacht, als dass sie eine Grundlage in der Gesetzgebung oder Rechtsprechung hätten.

- **Gender und Nicht-Heterosexualität werden als Zwang dargestellt, vor dem es die Gesellschaft und insbesondere Kinder zu schützen gilt. Dies legitimiert, unter dem Deckmantel des Kinderschutzes, das Schüren von Misstrauen gegenüber LGBTIQ+-Personen.** Die Vorstellung, dass Kinder von allen Seiten bedrängt werden und Versuchen der «Sexualisierung» oder der ideologischen Indoktrinierung ausgesetzt sind, ist weit verbreitet. Diese Vorstellung ist zudem Teil eines als kohärent und mächtig imaginierten ideologischen Gender-Projekts. Es wird eine Sex- und Gender-Panik kultiviert, um sexualpädagogische Vorhaben oder den Kontakt zu LGBTIQ+-Personen als inhärente Gefahr für Kinder darzustellen. Dazu gehört auch, dass Pädophilie und Kindesmissbrauch mit der Existenz und der öffentlichen Sichtbarkeit von LGBTIQ+-Personen in Verbindung gebracht werden. Diese Fixierung auf den Schutz von Kindern spielt eine wichtige Rolle (1) beim zunehmenden Schüren einer moralischen Panik, speziell in Bezug auf trans Personen, und (2) bei den zunehmenden Versuchen, zivilgesellschaftlichen Aktivismus als Bedrohung an Schulen und in Bildungsinstitutionen, öffentlichen Räumen und Institutionen sowie sozialen und politischen Organisationen zu delegitimieren. Der vermeintliche Schutz von Kindern legitimiert Angriffe auf die Sichtbarkeit und Sicherheit von LGBTIQ+-Personen, auf gleichstellungspolitischen Aktivismus und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt einsetzen.
- **Anti-Gender-Akteur/innen positionieren sich als Verfechter/innen der Demokratie gegen die «Gender-Ideologie», welche Staat und Gesellschaft bedroht.** Anti-Gender-Politiken versuchen zu expandieren, indem sie die vermeintlich homogene hetero-/cis-normative Gesellschaft und LGBTIQ+-Personen spalten. LGBTIQ+-Minderheiten werden nicht nur als ausserhalb der Gesellschaft, sondern auch als Gefahr für den Staat und die Demokratie betrachtet. Damit wird versucht, eine Einschränkung der LGBTIQ+-Rechte zu legitimieren bzw. diese in Frage zu stellen. Diese diskursive Marginalisierung von LGBTIQ+-Personen beinhalten zudem oft konspirative Elemente. So werden zum Beispiel Regenbogenfamilien als Bedrohung für die nationale Souveränität und Demokratie instrumentalisiert. Dazu gehört auch die Darstellung LGBTIQ+-inklusive Lehrpläne als fremd und den nationalen Interessen zuwiderlaufend. In der EU werden LGBTIQ+-Familien von Anti-Gender-Parlamentsmitgliedern als Bedrohung für das Recht der einzelnen Mitgliedsstaaten, ihre eigenen Regeln festzulegen, imaginiert. Dies ist ein besonders strittiges Thema, das den Zusammenhalt der Europäischen Union in einem Post-Brexit-Europa bedroht.
- **Gender-Ideologie wird oftmals als ausländisches Importprodukt betrachtet, das, von inländischen Aktivist*innen reproduziert, die ansonsten kohärenten nationalen Werte untergräbt. Für die Wiederherstellung der nationalen «Souveränität» werden Korrekturen an Gleichstellungs- und Liberalisierungsprojekten propagiert,**

die angeblich zu weit gegangen sind. Diese Verteidigung der nationalen Souveränität ist von entscheidender Bedeutung, um die Legitimität des Widerstands gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sicherzustellen. Zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wird deren freiwilliges Engagement abgesprochen, indem sie als elitär und nicht repräsentativ dargestellt werden. Ihnen wird vorgeworfen, eine ideologische Agenda voranzutreiben, die keinen Rückhalt in der Bevölkerung habe, und dass sie sich weigern, den «bereits erreichten» Status der Gleichstellung oder Toleranz zu akzeptieren. LGBTIQ+-Aktivismus wird in seinen Forderungen als ideologisch exzessiv angesehen. Er gehe über das hinaus, was man vernünftigerweise von der Gesellschaft und dem Staat erwarten könne. Daher wird er als eine Bedrohung für die Demokratie angesehen.

- **Anti-Gender-Mobilisierungen erzeugen eine feindselige Sichtbarkeit von trans Personen.** Sie variiert in jedem der untersuchten Kontexte, doch überall wurden trans Personen zum Gegenstand einer unerbittlichen «Debatte» über die Legitimität ihres Lebens und ihrer Rechte gemacht. Dagegen wurden sie in den untersuchten Fällen nur selten eingeladen, über sich selbst zu sprechen. Dieses Sichtbarmachen zeigt sich in unseren Daten zum einen in den zermürenden Debatten über Gesetzesänderungen in verschiedenen Ländern, zum anderen ist diese Sichtbarkeit aber auch ein Produkt konzertierter politischer und medialer Bemühungen, Transidentitäten als ein dringendes Problem zu benennen, das der öffentlichen Überwachung und politischer Intervention bedarf. Dies hat zwei Dimensionen: Die erste ist eine klar artikulierte Feindseligkeit gegenüber Transidentitäten und deren mutmasslicher Störung des geschlechtlichen und sexuellen Status quo. Zweitens funktioniert die moralische Panik in Bezug auf Transrechte und -identitäten als Multiplikator für die Feindseligkeit gegen weitere emanzipative Politiken wie andere queere Identitäten, intersektionalen Feminismus, körperliche Autonomie und Bewegungsfreiheit. Dies wiederum ermöglicht es, mehrere Themen miteinander zu verbinden und in der politischen Rhetorik und im medialen Diskurs austauschbar zu machen.
- **Die Ausgrenzung und Feindseligkeit gegenüber trans Personen hat an Intensität zugenommen.** In allen untersuchten Kontexten stellt Transfeindlichkeit eine etablierte Form der sozialen Gewalt dar. Dazu kommt ein sensationslüsterner medialer und politischer Fokus, der erst in den letzten Jahren Gestalt angenommen hat. Die Betonung der relativen Neuartigkeit dieser Mobilisierung zeigt auf, in welchem Ausmass sie durch konzertiertes und organisiertes taktisches Vorgehen entstanden ist. Trans Menschen werden als problematisch und als Täter*innen von geschlechtsspezifischer Gewalt konstruiert, obwohl umfangreiche Untersuchungen zeigen, dass das Gegenteil viel zutreffender ist, nämlich dass trans Personen ein primäres Ziel von geschlechtsspezifischer Gewalt sind.

- **Dem vermeintlichen «Problem» von Transidentitäten und Rechten wird grosse Bedeutung beigemessen und es geht mit einer verstärkten Delegitimierung des LGBTIQ+-«Aktivismus» einher.** Entscheidungen von trans Personen über ihre Körper werden als nicht glaubwürdig dargestellt und als Produkt von Trends oder Indoktrination betrachtet. Die Legitimität von Transidentität wird mit der Behauptung untergraben, dass sie ein Produkt ideologischer Beeinflussung oder Manipulation durch Formen von Aktivismus sei. Damit wird trans Personen nicht nur ihre Handlungsfähigkeit abgesprochen, sondern es wird auch der ausgeprägte Angriff auf Aktivismus als Quelle ideologischen Verfalls untermauert. So wird beispielsweise der Sexualpädagogik vorgeworfen, die «Transgender-Ideologie» als eine Dimension der «Gender-Ideologie» zu fördern und damit Kinder und Jugendliche zu «sexualisieren». Dies trägt wiederum dazu bei, Aktivismus in vielen Kontexten als Bedrohung für die Demokratie darzustellen. Aktivismus wird von Anti-Gender-Mobilisierungen als lose zugeschriebene Anschuldigung aufgefasst und umfasst Bereiche wie die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten, Bildungsressourcen, Community-Arbeit, Menschenrechtsschutz, politische Initiativen und andere Unterstützungsleistungen.
- **Anti-Gender-Politiken können Frauen ihre Rechte und ihre Autonomie aberkennen.** Sie versuchen, sicherzustellen, dass Heteronormativität reproduziert wird, um die soziale und geschlechtsspezifische Reproduktion der Nation zu gewährleisten. Dafür bemächtigen sie sich der körperlichen Autonomie von Frauen als Ort der politischen und ideologischen Auseinandersetzung und der patriarchalen Kontrolle. Im polnischen, ungarischen und europäischen Parlament werden in Debatten um Abtreibung die Rechte der Frauen im Namen christlicher und nationaler Werte in Frage gestellt. In diesen Debatten werden Cis-Frauen so dargestellt, als hätten sie zu viel Entscheidungsfreiheit, um eine Schwangerschaft abzuberechen, oder als bräuchten sie paternalistischen Schutz.
- **Liberalen Ideen und Praktiken werden genutzt, um diskriminierende Ideen und Massnahmen zu verschleiern und zu rechtfertigen. In wiederkehrenden Erklärungen und Kampagnen werden diese als bestehende Rechtskategorien dargestellt und legitimiert.** Sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Ungarn werden transfeindliche Massnahmen legitimiert, indem auf die bereits gefestigte Toleranz der Nation verwiesen wird, die durch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit angegriffen würde. Zu den angeblich verletzten Rechten gehören die «Rechte der Eltern», zu entscheiden, wie ihre Kinder in der Schule bezüglich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt unterrichtet werden. Auch die «Rechte aufgrund des biologischen Geschlechts» von Cis-Frauen und die zugeschriebenen «Rechte» von Kindern auf heterosexuelle Eltern werden zur Rechtfertigung von Anti-Trans-Mobilisierungen genutzt. Weit verbreitet in Anti-Gender-Diskursen ist auch, an die Meinungsfreiheit zu appellieren, da Anti-Gender-Mobilisierungen sich

selbst und ihre Standpunkte stets so darstellen, als würden sie von Gegner*innen zum Schweigen gebracht, die ihre Argumente nicht legitim widerlegen könnten.

Wer fördert und erhält Anti-Gender-Politiken aufrecht?

Die Forschung im Rahmen dieses Mapping-Projekts hat die Hauptagierenden der Reproduktion von Diskursen und Praktiken von Anti-Gender-Politiken aufgespürt. RESIST konnte zeigen, dass die Art und Weise, wie die Medien Anti-Gender-Politiken kreieren und gestalten, entscheidend ist. In allen fünf Fallstudien offenbart der Fokus auf Politiker/innen, Medien und Akteur/innen umfassendere Muster darüber, wer Anti-Gender-Politiken propagiert.

- **Gender, Feminismus sowie LGBTIQ+-Rechten und -Identitäten werden vor allem von Männern der konservativen und radikalen/extremen Rechten in Europa abgewehrt.** In allen untersuchten nationalen Parlamenten sind Cis-Männer mit überwältigender Mehrheit für die Formierung des Anti-Gender-Diskurses verantwortlich. Überwiegend, aber nicht ausschliesslich, sind diese Männer Mitglieder rechtsradikaler und sich radikalisierender rechtskonservativer Parteien. Eine Ausnahme von dieser cis-männlichen Dominanz des Anti-Gender-Diskurses ist das Europäische Parlament, in dem ein Repertoire an Anti-Gender-Argumenten gleichermassen von männlichen und weiblichen MdEP aus den rechtsradikalen Fraktionen Identität und Demokratie Partei (IDP) und Europäische Konservative und Reformen (EKR) wiederbelebt und genutzt wird.
- **Auch die politische Mitte engagiert sich sowohl in den Parlamenten als auch in medialen Diskursen im Anti-Gender-Aktivismus und für Anti-Gender-Politiken und erschwert damit eine simplifizierte Proklamation einer Links-Rechts-Spaltung.** Einige Beispiele: In Ungarn überschreitet die Berichterstattung über Transsthemen die Links-Rechts-Grenze, während in Anti-Gender-Politiken ansonsten ein ausgeprägter Links-Rechts-Gegensatz zu beobachten ist. In der Schweiz verurteilen Mitte-Rechts-Mainstream-Nachrichten die gewalttätigen Methoden rechtsextremer Anti-Gender-Aktivist*innen, während sie deren Anti-Gender-Anliegen dennoch als legitim darstellen. Im Vereinigten Königreich, wo der grösste Teil der parlamentarischen Debatte gegen Transrechte von der rechtsgerichteten Conservative Party dominiert wird, wird der breitere Widerstand gegen diese Rechte von Aktivist*innennetzwerken aufrechterhalten, die in anderen Fragen, einschliesslich anderer Formen der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, oft links ausgerichtet sind.
- **Im rechten Mediendiskurs wird der Begriff «Gender-Ideologie» durchgängig als etabliertes Schlagwort verwendet und normalisiert.** Die zunehmende und selbstverständliche Verwendung des Begriffs in zeitgenössischen Medien steht im Gegensatz zur früheren vornehmlichen Verwendung als politisch motivierter

Diskursbegriff durch Anti-Gender-Akteur*innen, auch wenn der umstrittene und kontroverse Charakter des Begriffs im liberalen und linken Journalismus weithin anerkannt bleibt. Der Begriff der «Gender-Ideologie» ist mittlerweile in Meinungsbeiträgen und redaktionellem Material etabliert und stellt auch für die Nachrichtenberichterstattung einen Bezugspunkt dar. Dies zeigt, in welchem Ausmass der Begriff bereits normalisiert worden ist.

- **Medienaufmerksamkeit schafft eine beständige Plattform für Anti-Gender-Akteur/innen und bietet ihren Argumenten und deren Verbreitung eine öffentliche Bühne. Dadurch werden die durch Anti-Gender-Politiken angegriffenen Personengruppen zum Gegenstand ständiger Debatten und Kontroversen, was zu ihrer überproportionalen Sichtbarkeit beiträgt.** Der systembedingte Bedarf an aufsehenerregenden Inhalten in einem wettbewerbsintensiven und schnelllebigen Medienumfeld verschafft Anti-Gender-Politiken einen erheblichen Vorteil. Denn sie profitieren von und verstärken die politischen und gesellschaftlichen Konflikte, zu Lasten der «nicht-repräsentativen» Gruppen. Sowohl Medien in einem wettbewerbsorientierten Nachrichtenumfeld als auch politische Akteur/innen greifen Anti-Gender-«Nachrichten» gerne auf. Damit versuchen sie, Kontroversen zu schüren, womit sie den öffentlichen Raum und die öffentliche Aufmerksamkeit beanspruchen, auch um bestimmte Wähler/innengruppen zu mobilisieren. Der umstrittene Status geschlechtsbezogener Themen in den jeweiligen Gesellschaften bedeutet, dass solche Kontroversen einen Warenwert haben. Dies zeigt sich in mehreren Medienkontexten an der Bedeutung ausländischer Kontroversen und kontroverser Persönlichkeiten für die Nachrichtenberichterstattung, die wiederum Anti-Gender-Kommentare und -Meinungen begünstigt.
- **Eine Reihe von Kampagnen und Gruppierungen haben vom Interesse zentraler Medien und politischer Akteur/innen an Anti-Gender-Inhalten profitiert. Es gibt eine klare Interaktionsdynamik zwischen der Agenda politischer Parteien, der Medienberichterstattung über Anti-Gender-Debatten und weiteren Anti-Gender-Akteur/innen.** Anhand der analysierten Daten lassen sich Netzwerke von etablierten und neuen Kampagnengruppen, Think Tanks und politisch agierenden Akteur/innen identifizieren, die insbesondere in den sozialen Medien aktiv sind. Dieser Zusammenschluss von Anti-Gender-Akteur/innen wird in Abgrenzung zu einem «schlechten Aktivismus» als «guter Aktivismus» dargestellt und teilweise legitimiert durch seine engen formellen und informellen Beziehungen zu den Regierungsparteien und regierungsnahen Medien. «Guter Aktivismus» ist die Domäne der «besorgten» Bevölkerung, von Eltern und Stimmen, die sich gerne als politisch marginalisiert imaginieren und präsentieren, was im Gegensatz zu ihrer tatsächlichen politischen und gesellschaftlichen (Macht-)Position steht.

Wie sichern Anti-Gender-Politiken ihr Momentum? Wie werden Darstellungen des vermeintlichen Problems, der Risiken und Bedrohungen aufrechterhalten?

- **Die inhaltliche Unterfütterung des politischen Schlagworts «Gender Ideologie» orientiert sich an den jeweiligen Kontexten und folgt einer opportunistischen Logik. Diese inhaltliche Unschärfe ist zentral für die Aufrechterhaltung entsprechender Anti-Gender-Politiken.** In einigen Kontexten wird der Begriff «Gender-Ideologie» relativ beständig verwendet, zum Beispiel zeigt sich in den Daten der britischen Fallstudie fast immer eine Verbindung zum Anti-Trans-Diskurs. In anderen Kontexten vermischen sich im Begriff «Gender-Ideologie» verschiedene Themen und der inhaltliche Fokus verschiebt sich schnell. In Polen und Ungarn führt diese thematische Unbestimmtheit des Begriffs beispielsweise zu wechselnden Angriffen auf reproduktive Rechte, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten oder auf die Sichtbarkeit und die Unterstützung von LGBTIQ+-Personen sowie auf progressive Sexualpädagogik.
- **«Gender-Ideologie» wird in nationalen Debatten als Import dargestellt, der national von nicht-repräsentativen Kräften vorangetrieben wird.** Die Konstruktion von «Gender-Ideologie» als etwas Fremdes findet ihre Begründung sowohl in geopolitischen Verhältnissen als auch häufig in verschwörungsideologischen Erzählungen. So finden sich im ungarischen Parlaments- und Mediendiskurs sowohl spezifische Formulierungen als auch allgemeinere Behauptungen, die sich eine solche Argumentation zu Nutze machen: Als Metapher, die auch im Europäischen Parlament beliebt ist, wird die Istanbul-Konvention als «trojanisches Pferd» für die «Gender-Ideologie» bezeichnet. Dieser spezifische Vorwurf ist Teil einer umfassenderen Anklage, der zufolge «der Westen» Ungarns Status als «Bastion des Konservatismus» gefährde. In einer anderen ungarischen Publikation wurde die «Gender-Ideologie» beispielsweise mit der Migration nach Ungarn in Verbindung gebracht, als Ausdruck der «globalistischen Weltmacht» gelesen und mit der verschwörerischen Vorstellung des Grossen Austauschs in Verbindung gebracht. Eine vergleichbare Rhetorik ist in den polnischen Medien und im parlamentarischen Diskurs verbreitet, wobei Brüssel bzw. die Europäische Union als spezifische Bezugspunkte und als allgemeinere Bilder fungieren, die «den Westen» repräsentieren. Trotz der starken Verbreitung der Debatten über Geschlechtsidentitäten im britischen Mediendiskurs lässt sich in den RESIST-Daten zum Vereinigten Königreich die Durchsetzung einer importierten «Gender-Ideologie» nicht nachweisen, abgesehen von Parallelen und Verbindungen, die mit der angeblichen «Wokeness» in den Vereinigten Staaten gezogen werden.
- **Anti-Gender-Politiken stellen LGBTIQ+-Bewegungen als dogmatisch und zuweilen autoritär dar sowie versucht, der unwilligen Bevölkerung eine «Gender-Ideologie»**

aufzuzwingen. So entsteht das Bild mächtiger und doktrinärer Bewegungen, wie zum Beispiel der «Queer-Ideologie» in Ungarn und der «LGBT-Ideologie» in Polen. In allen Kontexten und unabhängig von der säkularen oder religiösen Ausprägung des Anti-Gender-Aktivismus werden die Aktivitäten derjenigen, die er bekämpft, als «aktivistisch», politisch motiviert und wissenschaftlich nicht legitimiert dargestellt. In den Daten finden sich vage Anspielungen auf eine «Trans-Lobby», aber auch konkrete Organisationen werden intensiv ins Visier genommen.

- **Anti-Gender-Akteur/innen imaginieren die eigenen Marginalisierung, während sie Stimmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als hegemonial, dogmatisch und exzessiv darstellen.** Diese Behauptung stützt sich auf die Idee, dass diejenigen, die sich Anti-Gender-Politiken entgegenstellten, anti-demokratisch handelten und durch die (vermeintliche) Beschneidung der Meinungsäusserungsfreiheit Anti-Gender-Akteur/innen zum Schweigen brächten. Zum Schweigen gebracht zu werden oder nicht das aussprechen zu können, was als Wahrheit angegeben wird, motiviert sie dazu, sich für die Demokratie/die Nation/die Kinder «einzusetzen». So kann wiederum behauptet werden, dass Anti-Gender-Aktivist/innen gewissermassen zum politischen Aktivismus gezwungen werden.